

Landtagsschau

Dietmar Panske MdL



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

die Ampel hat nun, manche würden sagen endlich, ihr Ende gefunden. Drei Jahre nach der letzten Bundestagswahl ist in zwischen allen klar, dass diese Bundesregierung in unserem Land schweren Schaden hinterlassen hat. Seit Beginn der Legislaturperiode hat die Bundesregierung keinen gemeinsamen Weg gefunden und verfehlt, die großen Herausforderungen dieser Zeit anzupacken. Stattdessen hat sie sich durch fehlende Führung des Bundeskanzlers und durch Streit auf öffentlicher Bühne ausgezeichnet. Damit hat die Ampel aber auch das Vertrauen der Menschen in den Staat, in die Demokratie und in die Handlungsfähigkeit demokratischer Institutionen geschwächt. Diese Art des Umgangs war und ist Gift für das gesamte Miteinander in unserem Land.

Beschämend ist, dass der Bundeskanzler allein aus parteipolitischen Interessen dem Land einen politischen Neuanfang bis zum März 2025 vorenthalten wollte. Es war daher nur folgerichtig, dass sich die Union im Bund zusammen mit unserem Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Friedrich Merz für einen früheren Neuwahltermin eingesetzt hat und jetzt der 23. Februar 2025 als Wahltermin feststeht. Ein Regierungsvakuum kann sich Deutschland mit Blick auf die enormen Herausforderungen schlicht nicht leisten. Die aktuellen Themen duldeten keinen Aufschub und Deutschland braucht eine voll handlungsfähige und stabile Regierung mit einer eigenen und verlässlichen Mehrheit im Bundestag.

Als CDU sind wir bereit, Verantwortung für Deutschland zu übernehmen und das Land wieder auf Kurs zu bringen. Wir brauchen wieder wirtschaftliche Stärke, innere sowie äußere Sicherheit und einen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit unserem neuen Grundsatzprogramm, in dem sich auch unser Kreisverband an verschiedenen Stellen mit eigenen Anträgen z.B. zur Energie- oder Wohnungspolitik eingebracht hat, sind wir inhaltlich gut aufgestellt für den anstehenden Wahlkampf. Gleichzeitig haben wir mit meinem Kollegen Marc Henrichmann einen starken Kämpfer für die Interessen unserer Heimat in Berlin. Ihn gilt es nun voll und ganz zu unterstützen, damit wir ihn erneut mit einem starken Mandat in die Hauptstadt schicken können – und dieses Mal wieder als Teil einer anpackenden Regierung!

Trotz allem Chaos in Berlin arbeiten wir in NRW aber konzentriert und pragmatisch weiter jeden Tag daran, unser Land ein Stück besser zu machen. Über die wichtigsten Themen dieser Plenarwoche möchte ich Sie gerne wieder kurz & knapp informieren:

- **#besserohneMesser – Kampagnenstart der Polizei**
- **Umsetzung der Krankenhausplanung bleibt im Zeitplan**
- **Auch in finanziell herausfordernden Zeiten gewährleisten wir ein stabiles soziales Netz**

Wenn Sie Fragen oder ein konkretes Anliegen haben, Informationen brauchen oder Anregungen geben möchten, freue ich mich auf eine Mitteilung von Ihnen.

Herzliche Grüße

#besserohneMesser

Kampagnenstart der Polizei

Seit dem 4. November 2024 sind sie im öffentlichen Raum sowie in Behörden zu finden: mehrsprachige Plakate und Flyer, die über die Gefahren von Messern aufklären und dazu motivieren wollen, dass Messer gar nicht erst mitgeführt werden – auch nicht zur Selbstverteidigung. Die Präventionskampagne der nordrhein-westfälischen Polizei wird unter dem Hashtag #besserohneMesser in den sozialen Medien begleitet und richtet sich insbesondere an junge Menschen.

Fakt ist: Auf unseren Straßen wollen wir keine Messer. Das muss einfach in die Köpfe der Menschen. Und dabei helfen uns die Plakate, die diese klare Botschaft symbolisch und auch in den wichtigsten Sprachen transportieren.



Umsetzung der Krankenhausplanung bleibt im Zeitplan

Damit die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen genügend Zeit haben, die neue Krankenhausplanung umzusetzen, hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes eine Übergangsfrist geplant. Es bleibt jedoch grundsätzlich beim ursprünglichen Zeitplan, dass alle Krankenhäuser bis zum Ende des Jahres ihre Feststellungsbescheide erhalten werden.

Inkrafttreten diese Bescheide grundsätzlich am 1. April 2025. Für bestimmte Leistungsgruppen ist nun eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2025 geplant. Mit diesem Vorgehen kommt NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann einem vielfach geäußerten Wunsch von Klinikbetreibern nach einer angemessenen Übergangszeit nach und hält zugleich den zwischen allen Akteuren abgestimmten Zeitplan ein.

So weiß jedes Krankenhaus bis zum Ende des Jahres, welche Leistungen es in Zukunft anbieten kann. Für die Umstellung wird damit eine angemessene Frist gewährt, um Versorgungsqualität und Versorgungssicherheit für die Menschen in Nordrhein-Westfalen zu gewährleisten.



Auch in finanziell herausfordernden Zeiten gewährleisten wir ein stabiles soziales Netz

Ein stabiles soziales Netz ist zentral, um Armut zu verhindern, Chancengerechtigkeit zu fördern und die soziale Absicherung voranzutreiben. Das gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass die Rahmenbedingungen für den Haushalt 2025 sehr schwierig und Einsparungen auch im sozialen Bereich leider unumgänglich sind.

Die Kürzungen, die wir bei den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege vorgenommen haben, sind ohne Zweifel schmerzhaft, fallen im Verhältnis zu anderen Bereichen aber schonend aus. Die Kürzungen werden darüber hinaus zum Teil durch ESF-Mittel aufgefangen und sollen nicht dort vorgenommen werden, wo sie konkrete Projekte betreffen und damit unmittelbar den Menschen zugutekommen, wie bspw. Hilfen für Obdachlose und Zuschüsse für Kitas. Es handelt sich bei den Kürzungen vielmehr um Mittel für die Finanzierung des organisatorischen Überbaus der Verbände der Wohlfahrtspflege.



Außerdem werden wir viele wichtige Angebote und Projekte im Sozialbereich aufrechterhalten, darunter Mittel für die Suchtberatung für wohnungslose Menschen, das Projekt „Endlich ein ZUHAUSE“ gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit, Zuschüsse für die Tafeln sowie die Unterstützung bei der Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt.

Ein weiteres Beispiel für eine gelungene Sozialpolitik ist unsere Priorität auf Kinder und Bildung. Die Aufwendungen für Bildung werden im kommenden Jahr auf einen Rekordwert von fast 42 Milliarden Euro steigen. Wir werden im Jahr 2025 so viel wie nie zuvor in die frühkindliche Bildung investieren, damit Kinder unabhängig von Herkunft und Elternhaus schon von Beginn an gute Chancen haben. Wir fördern den Ausbau der Offenen Ganztagschule im Primarbereich mit weiteren rund 105 Millionen Euro und stellen über 1.100 zusätzliche Stellen für den Grund- und Ganztagsbedarf bereit. Dass dies auch in Zeiten des Fachkräftemangels möglich ist, zeigen die letzten beiden Jahre, denn seit Dezember 2022 sind rund 7.100 Menschen zusätzlich für das System Schule gewonnen worden.

Des Weiteren unterstützen wir mit der Wohnraumförderung gezielt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Mit rund 430.000 Einheiten befinden sich mehr als 40 Prozent des gesamten Bestands an mietpreisgebundenem Wohnraum in Deutschland in NRW.

Wir wollen dem über die gesamte Legislaturperiode 45.000 weitere Wohnungen hinzufügen.

Dafür sowie für Eigentums- und Modernisierungsmaßnahmen stellen wir bis 2027 insgesamt 10,5 Milliarden Euro zur Verfügung, denn Wohnen ist soziale Daseinsfürsorge. Vom schlichten Dach über dem Kopf bis zur Unverletzlichkeit der Wohnung geht es um existenzielle Bedürfnisse und elementare Rechte. Zudem unterstützen wir junge Familien beim Erwerb von Wohneigentum und gewährleisten einen



22.08.2024

Austausch mit der Tafel in Lüdinghausen.

Landeshaushalt 2025

MACHEN, WORAUF ES ANKOMMT



Mehr zum Landeshaushalt in der nächsten Ausgabe.